

1. Oktober 2011:
Tag der Index-Tranche

Luxemburg. Zum 1. Oktober wird jene Index-Tranche ausgezahlt, die bereits zum 1. April erfallen war. Mit den Sozialpartnern hatte sich die Regierung indes geeinigt, die Auszahlung um sechs Monate auszusetzen. Der Mindestlohn beträgt durch die nun fällige Anhebung 1.801,49 Euro; der qualifizierte Mindestlohn macht 2.161,78 Euro aus. Nach jetzigem Stand erfüllt die nächste Index-Tranche im April 2012. Da es sich um eine zweite automatische Lohnanpassung binnen eines Jahres handelt, sind Schwarz-Rot und Sozialpartner erneut gefordert. (mas)

|POLITIK

EU-Ostgipfel: Belarus
brükiert die Europäer

Warschau. Mitten im polnischen Wahlkampf hatte Regierungschef Donald Tusk auf eine Sternstunde der polnischen EU-Ratspräsidentschaft gehofft. Der Gipfel zur Ostpartnerschaft sollte die Aufmerksamkeit endlich wieder auf die Region richten, als dessen Fürsprecher sich Polen traditionell sieht – und auf die Lage der Menschenrechte. Doch erst ließen sich mehrere wichtige EU-Politiker nur vertreten, dann Brükierte Weißrussland mit seiner Gipfel-Absage die Gastgeber. Umso mehr drängte Tusk auf demokratische Reformen im Osten. (dpa)

|INTERNATIONAL

Seite 7

„Interessen des FC Metz
in Luxemburg vertreten“

Luxemburg. Nico Braun, der luxemburgische Stürmer, der die Tornetze nicht nur im Großherzogtum zappeln ließ, kehrt mit mittlerweile 60 Jahren wieder zurück auf die Fußballbühne. Der 40-fache Nationalspieler ist seit kurzem Vizepräsident des „Clubs der Botschafter“ des FC Metz. Der erfolgreichste Torschütze in der Geschichte der „Grenats“ soll die Beziehungen zwischen dem Verein mit der „Croix de Lorraine“ und Luxemburg vertiefen. Und dies ist gleich auf mehreren Ebenen notwendig, meint Braun. (LW)

|SPORT

Seite 69

Der Streit um Ölsand
wird immer lauter

Ottawa. Die Kontroverse um Öl aus kanadischem Ölsand wird immer lauter. In den USA und Kanada arbeiten Umweltverbände gegen das ihrer Ansicht nach „schmutzige Öl“, die Industrie und die Regierung Kanadas sprechen dagegen vom „ethischen Öl“, das Lieferungen aus undemokratischen Staaten vorzuziehen sei. Der Streit dreht sich jetzt um den Bau einer Pipeline von Albertas Ölsandfeldern zu Raffinerien an der US-Golfküste. Die US-Regierung will bis Jahresende über das sieben Milliarden Dollar teure Projekt entscheiden. (GB)

|WIRTSCHAFT

Seite 110

Exklusiv-Interview mit Prof. Harald Hau, Wirtschafts- und Finanzprofessor an der Genfer Uni

Europäische Banken notfalls zwingen

Der Finanzexperte plädiert für eine Rekapitalisierung der europäischen Banken / Steu

versität und am „Swiss Finance Institute“

erzähler dadurch entlastet

VON CORDELIA CHATON

Während viele EU-Staaten in dieser Woche über die Ausweitung des Rettungsschirmes diskutieren, präsentiert Prof. Harald Hau eine ganz andere Lösung. Der international anerkannte und tätige Finanzexperte plädiert für eine Rekapitalisierung der Banken als einzigen gangbaren Weg. Im Exklusiv-Interview erklärt er, warum.

■ Herr Prof. Hau, warum halten Sie nichts von einem EU-Rettungsschirm?

Das ist keine Lösung des Problems, sondern nur ein Aufschub. Das muss man erklären: Es geht nur darum, die Kreditausfälle der privaten Investoren zu sozialisieren; auf die Steuerzahler aller Länder zu übertragen. Dadurch werden keine Schulden abgebaut. Es ist vielmehr ein Aufschieben der Insolvenz. Letztlich werden nur private Investoren aus Staatsmitteln subventioniert.

■ Sie plädieren als Lösung für einen Schuldenschnitt und eine gleichzeitige Re-Kapitalisierung von Banken.

Ja, das ist der einzige Weg. Ohne einen Schuldenschnitt insbesondere für Griechenland – und möglicherweise auch für Portugal und Irland – geht es nicht. Gleichzeitig wird eine Insolvenz von Staaten die Refinanzierungssituation des europäischen Bankensektors sehr belasten. Deshalb muss der Schuldenschnitt von einer umfassenden Rekapitalisierung des europäischen Bankensystems begleitet werden. Nur so kann eine Bankenkrise verhindert werden, deren Anfänge wir jetzt schon sehen.

■ Und wie soll die Rekapitalisierung aussehen?

Hier gibt es drei Gesichtspunkte. Erstens haben wir die Ergebnisse der Banken-Stresstests vom Sommer dieses Jahres. Man kann beispielsweise berechnen, welche Abschreibungen bei einem 70-prozentigen Ausfall der griechischen Staatsanleihen und einem Ausfall von 30 Prozent für die portugiesischen und irischen Forderungen entstehen. Entsprechende Eigenkapitalverluste müssen durch die Rekapitalisierung ersetzt werden.

Zweitens sollten die Banken als Vorsichtsmaßnahmen zusätzliches Kapital zugeführt bekommen. Die europäischen Banken haben in den kommenden zwei Jahren einen riesigen Refinanzierungsbedarf. Der ist sehr viel leichter zu bewältigen, wenn die Kapitalausstattung von derzeit oft nur fünf Prozent auf zehn Prozent erhöht wird. Doch auch hier können die Rekapitalisierungsaufgaben auf die Situation jeder Bank abgestellt werden.

Drittens muss die Rekapitalisierung obligatorisch sein. Entweder die Banken finden private Investoren innerhalb einer kurzen Frist oder der Staat erwirbt neue Aktien zum Marktpreis mit einem Vorkaufsrecht für Altaktionäre. Die

systemische Krise verlangt hier entschlossenes Handeln des Staates. Es darf keine Zweifel geben, dass jede europäische Bank ausreichend kapitalisiert ist.

■ Die Banken scheinen von der Idee aber nicht begeistert.

Diesen Schritt wollen die Aktionäre der Banken natürlich nicht, denn die Rekapitalisierung verringert die Anteile der Altaktionäre und Letztere tragen die vollen Kosten der Bankenabschreibungen, falls die Rekapitalisierung auf Marktpreisen beruht. Möglicherweise wird auch das Machtgefüge unter den Bankaktionären verändert. Den Banken ist es natürlich lieber, der Steuerzahler trägt die Kosten. Dahinter stehen riesige finanzielle und politische Interessen. Deshalb muss die Rekapitalisierung zwangsweise erfolgen. Ohne politischen Druck geht es nicht.

■ Kann man den Banken das abverlangen?

Die von den Banken favorisierte Strategie der Sozialisierung aller Schulden hat die Schuldenkrise verschärft und die Lösung erschwert. Es ist eine machiavellische Strategie ohne große Rücksicht auf das Gemeinwohl und die wirtschaftliche Zukunft Europas. Viele Politiker haben sich hier gutgläubig aufs Glatteis führen lassen. Die EZB hat ebenfalls strategische Fehler gemacht. Man hätte von Anfang an auf die Rekapitalisierung abstellen müssen. Der IWF hätten vorher umschalten müssen. Aber jetzt ist es höchste Zeit, eine Strategiewende durchzuführen: Weg vom Rettungsschirm



Prof. Harald Hau hält Rettungsschirme nur für einen Aufschub. (FOTO: PRIVAT)

Prof. Harald Hau

Harald Hau ist Wirtschafts- und Finanzprofessor an der Genfer Universität und am „Swiss Finance Institute“. Seine Themengebiete sind internationale Finanzen, Finanzmärkte und ihre Stabilität. Nach seinem PhD an der amerikanischen Princeton-Universität 1996 bei Kenneth Rogoff unterrichtete der Deutsche zunächst an der französischen Wirtschaftshochschule Essec und von 2001 bis 2011 auch am Insead in Fontainebleau und Singapur. Seine Arbeiten über die Finanzkrise wurden ausgezeichnet, zuletzt 2010 vom „European Corporate Governance Institute“. (cc)

hin zum Schuldenschnitt mit Bankenrekapitalisierung!

■ Warum reagieren die Politiker nicht?

Viele Bundestagsabgeordnete haben wenig Urteilsvermögen in Fragen der Staatsinsolvenz – von den vereinzelt Volkswirten abgesehen. Vielleicht hätte der Bundestag auch einen intensiveren Kontakt mit argentinischen Parlamentariern pflegen sollen. Letztere sind in solchen Belangen sicher weniger blauäugig. Doch die Bevölkerung hat scheinbar bessere Instinkte und die wird die politischen Parteien abstrafen, wenn die Verluste des Rettungsschirmes erst einmal voll auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen. Schuldenkrisen wie diese können die ganze parteipolitische Elite eines Landes hinwegfegen. Zugespitzt könnte man sagen: Deutschlands augenblickliche Parlamentarier sind auf dem besten Wege, sich abzuschaffen.

■ Kann eine Rekapitalisierung auch Kosten für den Steuerzahler verursachen?

Ja, und zwar dann, wenn nach einer Abschreibung aus der Staatsinsolvenz das Kapital negativ wird. Aber das ist bei deutschen und französischen Banken nicht der Fall; höchstens bei der HypoRealEstate. Bei italienischen, spanischen oder portugiesischen Banken kann das aber schon sein. Insgesamt haben Europas Banken einen Puffer von etwa einer Milliarde Euro an Eigenkapital. Doch ist dieses Kapital nicht unbedingt dort, wo es die größten Insolvenzverluste gibt oder der größte Refinanzierungsbedarf existiert. Und die Lehman-Krise hat auch gezeigt, dass die Insolvenz schon einer einzelnen Großbank schwerwiegende Folgen hat für das gesamte Finanzsystem.

■ Gibt es nicht langfristig genau so schlechte Aussichten für Deutschland und andere Länder wie für Griechenland? Die Deutschen sind doch auch verschuldet.

■ Wie beurteilen Sie die Politik der deutschen Bundeskanzlerin?

Sie ist in einer schwieriger Situation – und vielleicht nicht immer gut beraten. Die deutsche Ministerialbürokratie wird von Juristen beherrscht und nicht von Volkswirten. Man wünscht sich, das Kanzleramt verfüge über einen Stab von anerkannten und unabhängigen Experten. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Schlechtes Krisenmanagement, basierend auf falschen Prämissen, wird dann selbst zu einem großen Problem und verringert die Beherrschbarkeit der Ereignisse. Historiker führen in diesem Zusammenhang immer die Julikrise von 1914 an, als die preußische Ministerialbürokratie völlig überfordert war mit dem bekannten katastrophalen Ausgang. Auch diesmal kommt dem Verhalten Berlins eine Schlüsselrolle zu. Dem bisherigen Krisenmanagement kann man keine gute Note ausstellen.

■ Von Eurobonds sind Sie nicht gerade begeistert.

Das ist eine ganz andere Thematik. Das grundsätzliche Problem der Währungsunion ist, dass die Schuldenfinanzierung der Staaten zu einfach wurde. Vergleichen Sie das einmal mit Mitterrands expansiver Fiskalpolitik im Jahr 1981: Innerhalb weniger Wochen war der Druck der Finanzmärkte auf den Wechselkurs zwischen Franc und D-Mark so groß, dass Mitterrand das Haushaltsdefizit sofort eindämmen musste. Die europäische Wäh-



Die Steuerzahler aller Länder werden durch einen Rettungsschirm für Griechenland finanziell in die Mangel genommen, meint der Finanzexperte Prof. Harald Hau. (FOTOS: SHUTTERSTOCK)

„Den Banken ist es natürlich lieber, der Steuerzahler trägt die Kosten. Dahinter stehen riesige finanzielle und politische Interessen.“

Prof. Harald Hau, Wirtschafts- und Finanzprofessor

■ Gibt es zu viele Länder im Euro-Raum?

■ Wie beurteilen Sie die Politik der deutschen Bundeskanzlerin?

Sie ist in einer schwieriger Situation – und vielleicht nicht immer gut beraten. Die deutsche Ministerialbürokratie wird von Juristen beherrscht und nicht von Volkswirten. Man wünscht sich, das Kanzleramt verfüge über einen Stab von anerkannten und unabhängigen Experten. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Schlechtes Krisenmanagement, basierend auf falschen Prämissen, wird dann selbst zu einem großen Problem und verringert die Beherrschbarkeit der Ereignisse. Historiker führen in diesem Zusammenhang immer die Julikrise von 1914 an, als die preußische Ministerialbürokratie völlig überfordert war mit dem bekannten katastrophalen Ausgang. Auch diesmal kommt dem Verhalten Berlins eine Schlüsselrolle zu. Dem bisherigen Krisenmanagement kann man keine gute Note ausstellen.

■ Was kann das griechische Volk selbst tun?

Griechenland braucht umfassende wirtschaftliche Reformen, und bekannte griechische Ökonomen haben dazu eine lange Liste erstellt. Bislang sind solche Reformen immer an der innenpolitischen Blockade gescheitert. Vielleicht ist

Rezepte für die Euro-Krise

■ Viele Pakete: In den kommenden Wochen entscheiden die 17 Euro-Staaten über eine finanzielle Hilfe – den zweiten Rettungsschirm – für Griechenland. Zuvor haben bereits zugestimmt; darunter vor zwei Tagen Deutschland, das den größten Teil der Last trägt. Es ist nicht das erste Mal. Das erste Rettungspaket für Griechenland vom Mai 2010 hatte einen Umfang von 110 Milliarden Euro. Davon übernahm der Internationale Währungsfonds (IWF) 30 Milliarden Euro. Griechenland hat sich verpflichtet, innerhalb von drei Jahren sein Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent zu senken. Ein zweites Rettungspaket für Griechenland mit einem Volumen von 109 Milliarden Euro wurde auf einem Sondergipfel der EU-Politiker beschlossen. Darin wurde erstmals eine mögliche Beteiligung des privaten Sektors vereinbart. Derzeit wird in Brüssel über ein weiteres Paket verhandelt. Es nennt sich offiziell „European Financial Stability Facility“ (EFSF). Damit der EFSF Notkredite von 440 Milliarden Euro ausgeben kann, soll der Garantierahmen auf 780 Milliarden Euro erhöht werden.

■ Anfragen: Für Irland, das Hilfe aus dem EU-Rettungsschirm beantragt hat, stellte die Europäische Union zusammen mit dem IWF 85 Milliarden Euro bereit. Portugal erhielt ein 78-Milliarden-Euro-Paket, von denen der IWF 26 Milliarden Euro trug.

■ Werkzeugkiste: Derzeit diskutierte Mittel gegen die Krise sind vielfältig. Der Haircut oder Schuldenschnitt bedeutet, dass die Gläubiger auf einen Teil der Schulden verzichten. Meist wollen sie so den anderen Teil retten. Der Ruf des Landes erschwert dann aber möglicherweise die Kreditaufnahme und die Europäische Zentralbank (EZB) hätte Bilanzsorgen. Eine sanftere Methode besteht in der Verlängerung der Kreditzeiten.

Eurobonds: Sie sollen die Zinsen für den Schuldner leichter erträglich machen. Das funktioniert so, dass nicht mehr ein Land Geld am Markt aufnimmt, sondern die Europäische Gemeinschaft. Schlechte Schuldnerländer profitieren so von der Bonität kreditwürdiger Schuldner. Starke Länder fürchten **Bankenabgabe:** Auch die Bankenabgabe gilt als Hilfsmittel. Banken sollen aus Gewinnen einen Fonds für Notfälle speisen, damit in Zukunft bei Banken Krisen das Geld nicht mehr vom Staat bereit gestellt werden muss. Es besteht nach wie vor die Angst, dass es zu einer neuen Bankenkrise kommt. Gegner kritisieren, dass dann Kredite viel teurer und knapper werden.

Rekapitalisierung: EU-Währungskommissar Olli Rehn drängt genau wie IWF-Chefin Christine Lagarde auf eine bessere Kapitalausstattung der Banken. Bei der Rekapitalisierung werden Unternehmensanteile verkauft, um mehr Kapital ins Unternehmen zu bringen. Dadurch ändert sich die Struktur des Unternehmens. Außer Fremden kann auch der Eigner Anteile kaufen. (cc)



LEITARTIKEL

Blaulicht-Milieu



„Rund 50 Prozent leben außerhalb des Zehn-Minuten-Radius.“

MARC SCHLAMME

ren über eine zeitgemäße Organisation – Stichwort Regionalisierung – nachgedacht und gesprochen wird. Zaghaft und zurückhaltend. Dass Meinungsvielfalt herrscht, darf in Anbetracht der komplexen Konstellation, dass das Innenministerium 116 (bzw. demnächst 106) Gemeinden, 172 Feuerwehren und 25 Protex-Zenter als Gesprächspartner hat, nicht wirklich zu verwundern. Und man braucht nur zu beobachten, wie zähd langsam das territoriale Lifting vorstatten geht, um zu verstehen, welche Herkules-Aufgabe die Rettungsreform darstellt ...

Und doch führt kein Weg daran vorbei. Umso mehr, als die Achillesferse bekannt ist, und mancherorten richtig weh tut: Den Bereitschaftsdienst (tagsüber) aufrechtzuerhalten. Fuhrpark und Formation können intakt sein, Mensch und Material in Bestform sein – dennoch lebt nur die Hälfte der Einwohner außerhalb des Zehn-Minuten-Radius. Der Reformbericht belegt die Diagnose: Werden zehn Minuten als „first-responder“-Maßstab genommen, können 47,40 Prozent der Bürger Hilfe von der Feuerwehr erwarten; 8,28 Prozent der Bürger liegen im Einzugsradius des Zivilschutzes.

Letztlich geht es um die Erkenntnis, dass der Rettungsdienst nicht mit dem ehrenamtlichen Einsatz in einem Verein zu vergleichen ist. Dieser Erkenntnis muss jenes Entgegenkommen entspringen, das die Attraktivität des Engagements im Krankenwagen oder Tanklöschfahrzeug fördert – eine Aufgabe für die Politik, kommunal wie national.

■ marc.schlamme@wort.lu

DER KOMMENTAR

Noch kein Ende in Sicht

Milliardenpakete, Rettungsschirme, Soforthilfen in schwindelerregenden Höhen – das Ausmaß der Unterstützung für Griechenland ist für Normalverdiener schon lange nicht mehr zu fassen. Leider wird aus der Frage der Lösung der Schuldenkrise eines EU-Landes die Frage nach Pro oder Contra Europa gemacht. Wirtschaftlicher Sachverstand spielt da keine Rolle, eher schon das Parteibuch. Und so stehen jene Staaten, die bisher – wie Deutschland und Frankreich – trotz eigener Schulden noch kreditwürdig waren, vor einem neuen Berg. Damit lahm Europas Wirtschaftsmotor. Eine Lösung ist nicht in Sicht; im Gegenteil: Portugal, Irland und Spanien wackeln. Der Dumme der Aktion sind die Steuerzahler; nicht nur in

CORDELIA CHATON